

## Haushaltsrede zum Haushaltsplan 2019 am 4.2.2019

**Maria Weithmann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

heute steht der erste doppische Haushalt zur Beschlussfassung an. Für die intensive und aufwändige Arbeit der Umstellung danken wir allen Beteiligten.

Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sind die zentralen Leitmotive des neuen kommunalen Haushaltsrechts. Im laufenden Betrieb muss der „finanzielle Verzehr“ erwirtschaftet werden. Ziel ist es, Entscheidungen nicht nur für unsere Generation, sondern auch für die Zukunft der nächsten Generation zu treffen. Haushaltspolitik ist Zukunftspolitik und setzt die Weichen in sämtlichen Bereichen kommunalpolitischen Handelns. Steht also ein ausgeglichener finanzieller Haushalt per se für nachhaltige Politik? Schlägt sich das Thema Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in allen Bereichen politischen Handelns nieder?

Z.B. mit der Frage, ist es nachhaltig, dass die Stadt auch weiterhin ihren Haushalt mit dem Verkauf von Grundstücken ausgleicht, anstatt diese für zukünftige Generationen im Besitz der Allgemeinheit und in ihrer Steuerungshoheit zu belassen? Flächen sind ein endliches Gut. Nachhaltige Planung kann nicht auf der Veräußerung eines begrenzten Gutes basieren, vor allem, da uns dann dieses Bauland für günstiges Wohnen aus städtischer Hand langfristig fehlt. Ist es nachhaltig, wenn der Mitteleinsatz für den Nahverkehr auch 2019 nicht erhöht wird und wir als Konsequenz verstopfte Innenstädte haben? Haben wir ausreichend Personal, das die Einhaltung ökologischer Bauvorgaben überwacht? Nehmen wir billigend in Kauf, dass entgegen den Bauvorgaben stark emittierende Holzöfen eingebaut werden, Ausgleichsflächen nicht ausreichend hergestellt und Pflanzfestsetzungen nicht eingehalten werden?

Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Diskrepanz zwischen Absichtserklärungen und konkretem Handeln endlich verringert.

Das weltweite Aktionsnetzwerk junger Menschen „Fridays for Future“, an dem sich jetzt auch Schülerinnen und Schüler aus Ravensburg beteiligen, macht Hoffnung: Erstmals gehen Kinder und Jugendliche in großer Zahl für den Klimaschutz auf die Straße. Sie konfrontieren uns damit, dass viel zu wenig für den Klimaschutz getan wurde und dass sie nicht mehr bereit sind, die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen hinzunehmen.

Im Jahr 2018 waren die Themen Wohnungsbau und Verkehrspolitik zentrale Herausforderungen.

Im Wohnungsbau blicken wir auf ein Jahr vieler erfolgreich umgesetzter Innenentwicklungsprojekte zurück. Nachverdichtung stößt oft auf Nachbarschaftseinwendungen und in aller Regel stehen dabei Verkehrs und Stellplatzdruck im Vordergrund. Wir sollten deshalb noch offensiver für zukunftsfähige Mobilitätslösungen werben. Wohnen und Mobilität müssen gemeinsam gedacht werden. Die neuen Wohnquartiere liegen größtenteils in Lagen mit guter Verkehrsinfrastruktur, für alle ist weniger Verkehr und weniger dicht zugesparktem öffentlichen Raum eine Qualitätsverbesserung. Ein wesentlicher Grund für die Innenentwicklung ist ja neben der Frage des Flächenverbrauchs gerade die Nähe zu einer guten Nahverkehrsanbindung. Zusätzliche Bushaltestellen, attraktive Fuß- und

Radwegeachsen müssen bei der Bebauung mitgeplant werden, diesem Anspruch hinken wir aber noch hinterher. Z.B. muss angesichts der rasanten Entwicklung in der Oststadt das Busangebot auf dieser Linie deutlich verbessert werden und eine Fußgängerquerung mit Bushaltestelle an der Wangener Straße ist notwendig.

Das Jahr 2018 begann mit der Diskussion um die Baugesetznovelle §13 b. Ein aus unserer Sicht kontraproduktives Instrument, da es den Konflikt zwischen der Schaffung neuen Wohnraums einerseits und der Problematik des Flächenverbrauchs nur befeuert. Städtebauliche Entwicklung darf ökologische Standards nicht unter den Tisch fallen lassen. Die Möglichkeiten des § 13 b sollten deshalb, wenn überhaupt, nur begrenzt genutzt werden, wie von Ihnen Herr Rapp ursprünglich zugesichert wurde. Nun ist bereits anstatt von drei 13 b-Grundstücken, von sechs Baugebieten auf dieser Grundlage die Rede. Eine Entwicklung, die einer ökologischen Kommune nicht gerecht wird. Auch dass in den geplanten Wohngebieten in Schmalegg, Untereschach und Taldorf noch Einfamilienhausbebauung vorgesehen ist, widerspricht dem Gebot des schonenden Umgangs mit Flächen und wird den aktuellen Herausforderungen nach Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, Energieeffizienz und wirtschaftlichem Bauen nicht mehr gerecht.

Seit Jahren zeigt sich, dass private Bauträger nicht die Wohnungen bauen, für die der Bedarf am Dringendsten ist: nämlich Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen und Leistungsempfänger. Wir fordern, dass in allen anstehenden Wohngebieten deshalb auch sozialer Wohnungsbau entsteht.

Ob nun mit dem Mittel einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft als alternativer Akteur am Wohnungsmarkt oder einer Stadtentwicklungsgesellschaft mit Eigenbetrieb Wohnungsbau gebaut wird oder dauerhaften Konzeptvorgaben an gemeinnützige Bauträger, wird im Jahr 2019 zu diskutieren sein. Das Ziel muss sein, günstigen Wohnraum langfristig zu sichern. Vergaben mit 20-jährigen Mietpreisbindungen sind keine nachhaltige Wohnungspolitik, da die Wohnungen in aller Regel nach Auslaufen der Bindung für bisherige Mieter unerschwinglich werden. Eine weitere Strategie sollte die Sicherung und intensive Prüfung von Vorkaufsrechten auf alle Verkaufsfälle sein. Von dieser Möglichkeit wurde aus unserer Sicht bisher zu wenig Gebrauch gemacht.

Zunehmend problematischer erleben wir den Umgang von einigen Gemeinderäten mit Protesten der Nachbarschaften auf die notwendige Innenentwicklung. Sie vertreten in den Auseinandersetzungen bewusst nicht die Stimmen der Wohnungssuchenden. Wir grüne GemeinderätInnen sehen aber auch unsere Pflicht darin, die Menschen davon zu überzeugen, dass es keine nachhaltige Alternative zur Innenentwicklung gibt. Dass nun mittlerweile regelmäßig Gemeinderatsmitglieder die Atmosphäre unsachlich und vollkommen einseitig aufheizen, ist eine bedenkliche Entwicklung. Hier wird das Schlagwort „Bürgerbeteiligung“ instrumentalisiert und die Situation der unter Wohnungsnot leidenden Menschen spielt bei den Beteiligten plötzlich keine Rolle.

Neben der Innenentwicklung gilt es aber auch innerstädtische Grünoasen zu erhalten, bzw. intensiv zu prüfen, wo es Flächen gibt, die hochwertiger als bisher genutzt werden könnten. Vor allem durch Entsiegelung von Oberflächenstellplätzen wie z.B. der als Parkplatz genutzte Schulhof vor der Wilhelmsschule, wo alternativ das Raueneggparkhaus zur Verfügung stünde. Zusätzliche Standorte für Baumpflanzungen sind festzulegen. Angesichts des Hitzesommers sind wir auf die Kühlungswirkung von Grünflächen und Bäumen und deren Beitrag zur Luftqualität angewiesen. Das in der Entwicklung befindliche Freiflächenkonzept ist dafür ein wichtiges Orientierungsinstrument.

In den letzten Jahrzehnten hat der individuelle Wohnflächenbedarf eklatant zugenommen. Das Prinzip „Immer größer-immer mehr“ stößt an Grenzen. Zukunftsfähiges Wohnen bedeutet folglich dichte Wohnformen, Wohnungszuschnitte mit weniger Flächenverbrauch, Senioren-WGs, generationenübergreifende Wohnformen, Baugemeinschaften und Wohnungsmobilität im Alter.

Wir wünschen uns, dass das „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ zukünftig stärker mit Leben gefüllt wird durch regelmäßige „Runde Tische für Wohnen“. Hier sind motivierte Partner, die sowohl in den Wohnquartieren verankert sind, selbst Flächen und Immobilien zur Entwicklung einbringen könnten und mit eigenen Ideen ins Boot geholt werden können. Wir bitten dringend darum, dieses Potential 2019 stärker zu nutzen und in diesem Rahmen erneut das Problem der Wohnungsleerstände anzugehen.

Und nun zum Bereich Umwelt- und Verkehrspolitik. Der Beschluss für eine innerstädtische Fernwärmeversorgung ist ein wichtiger Beitrag zur Umsetzung der Wärmewende vor Ort. Erfreulich auch die Beschlüsse zum Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge und erste Angebote für Fahrradausleihstationen, die natürlich erst durch weiteren Ausbau attraktiv werden können. Zur Förderung der Elektromobilität sollten weitere Anreizsysteme entwickelt werden, wie z.B. Parkplätze ausschließlich für E-Fahrzeuge.

Im Verkehrsbereich ist „Weitermachen wie bisher“ schlichtweg nicht zukunftsfähig. Mutige Entscheidungen sind zu treffen.

Sowohl in der städtischen Verwaltung wie auch in privaten Unternehmen werden Themen wie Mobilitätsverhalten der Mitarbeitenden, emissionsärmere Fuhrparks, Bodenversiegelung durch Parkflächen, zukunftsfähige Stadtlogistik, shuttle-Bus- und Jobticket-Angebote zunehmend diskutiert und teilweise auch schon umgesetzt. Das städtische Job-Ticket ist beispielhaft zu nennen. Die Wirtschaftsförderung sollte das Mobilitätsthema gegenüber den Unternehmen nachdrücklicher vertreten. Nur wenn auch die Unternehmen Aktivitäten für die Reduzierung der hohen Pendlerströme vorantreiben, können wir die tägliche Flut von 30.000 Fahrzeugen verringern.

Unsere Fraktion hat sich in den letzten Jahrzehnten anhaltend und beharrlich für die Stärkung des Nahverkehrs eingesetzt. Wir freuen uns, dass diese Vorstöße nun auch von der Verwaltung aufgegriffen wurden mit der Ankündigung von deutlichen Verbesserungen im Nahverkehr und einer Planungsrate im städtischen Haushalt. Diese Ankündigung kann allerdings nur Früchte tragen, wenn es dazu ein Gesamtkonzept gibt. Wer nachhaltige Verkehrsmittel stärken will, muss diese Verkehrsmittel bevorzugen. Auch Parkraummanagement u. Stellplatzreduktion stärkt den Nahverkehr. Es ist höchste Zeit, die Mittel für den Nahverkehr mindestens zu verdoppeln. Der derzeitige Anteil des Busverkehrs am Gesamtverkehr von 7 % in unserem Ballungsraum muss deutlich erhöht werden. Die letzten Bürgerbefragungen zum Verkehrsentwicklungsplan haben erneut bestätigt, wie hoch der Kurzstreckenanteil am Gesamtverkehr ist: ca. 70 % unter 5 Kilometern.

Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass auch nach der Sanierung des südlichen Marienplatzes die zentrale Erreichbarkeit der Innenstadt für Busfahrgäste gewährleistet ist. Angesichts einer zunehmend älter werdenden Gesellschaft sind die Menschen auf Busverbindungen angewiesen, die sie in die Mitte der Stadt bringen. Die Herausnahme des Busverkehrs würde die Erreichbarkeit der Innenstadt für die BewohnerInnen aus südlicher Richtung deutlich verschlechtern.

Bei der Sanierung des Gespinstmarktes steht für uns die Aufenthaltsqualität an erster Stelle. Ein begrünter Platz, an dem sich Menschen gerne aufhalten, der dem historischen Gebäudebestand gerecht wird. Wir sind überzeugt, dass auch der Ravensburger Handel von einem attraktiven Platz mit Erholungsfunktion profitieren wird.

Der Radverkehr in der Stadt hat sichtlich zugenommen, eine erfreuliche Entwicklung. Nun sind wir gefordert, das Radverkehrskonzept zügiger umzusetzen. Es bleibt abzuwarten, ob die nun eingestellten Mittel für 2019 in Höhe von 300.000 € ausreichend sind um die Sicherheit der Radfahrenden zu erhöhen.

Im Jahr 2018 sind aber auch Entscheidungen getroffen worden, die im Widerspruch stehen zum erklärten Ziel einer Verkehrswende.

Zu Beginn des Jahres 2018 wurde die Verlängerung des Freiparkens am Vormittag beschlossen im Zuge der Übertragung des Parkkonzepts Oberstadt. Aus unserer Sicht das falsche Signal.

Dann die Absetzung des Beschlusses zum Lärmaktionsplan. Anstatt auf den durchaus zu erwartenden Aufschrei wegen der Tempo 30 - Regelung besonnen zu reagieren mit einer klaren Positionierung für den Gesundheitsschutz der von Lärm geplagten Menschen an den Straßen, wurde ein lärmoptimierter Asphalt versprochen. Eine Maßnahme, auf deren Realisierung wir wohl noch Jahre warten werden. Mittel dafür sind im Haushalt nicht eingestellt. Trotz eines überwiegenden Konsenses zur Lärmaktionsplanung Stufe 2 in den Ortschaften und im AUT wurde nicht darüber entschieden. Diese Verwaltungsentscheidung ist bedauerlich.

Dann im Herbst die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Luftreinhalteplan. Auch hier wird geltendes EU-Recht nicht eingehalten. Auf der Grundlage von nicht vergleichbaren Messungen wird der gesamte bisherige Prozess außer Kraft gesetzt. Wir vermissen Nachfragen, wie denn diese „wundersame Luftverbesserung“ zustande gekommen sein soll. Die vermutete Flottenerneuerung wird durch Studien des Umweltbundesamts widerlegt. An den stark befahrenen Straßen mit hohen Luftschadstoffbelastungen wohnen in der Regel Menschen, die es sich nicht leisten können, in unbelastete Wohnlagen zu ziehen. Nachhaltige Verkehrspolitik ist auch Politik für Umweltgerechtigkeit.

Die Mehrheitsentscheidung gegen eine Baumschutzsatzung ist ein Trauerspiel. In einem halbjährigen Prozess, der von Seiten der Stadtverwaltung fundiert und ausgewogen vorbereitet und moderiert wurde, zeigte sich von Anfang an die Blockadehaltung der Gegner. Eine Baumschutzsatzung ist nach diesem Sommer wichtiger denn je. Die Zusammenarbeit in der Baumkommission für den Schutz der Bäume auf öffentlichem Grund hat sich sehr positiv entwickelt, aber der größte Teil der Bäume in unserer Stadt steht auf privatem Grund und diese Bäume genießen weiterhin keinerlei Schutz. Doch getreu dem Motto von Anselm Grün „wer nicht verlieren kann, der kann auch nicht gewinnen“ werden wir weiter für eine Baumschutzsatzung kämpfen.

Wir bedanken uns an dieser Stelle für die gute Aufarbeitung des Baumschutzthemas durch die Abteilung „Öffentliches Grün“, aber auch für zahlreiche vorbildlich umgesetzte Umweltschutzprojekte, sowie immer wieder spürbar das offensichtliche Bestreben, in Bauleitplanverfahren ökologische Festsetzungen zu platzieren. Die Überprüfung der Umsetzung der ökologischen Vorgaben muss intensiviert werden. Wir hoffen, dass das Konzept zur nachhaltigen

Pflege und zum Erhalt der Ravensburger Streuobstwiesen, als ein wichtiger Beitrag zur Biodiversität, bald beschlossen werden kann.

Im Bereich Bildungspolitik haben wir uns 2018 mit weitgehenden Strukturveränderungen auseinandergesetzt. Ravensburg ist als Zuzugsstadt ein wichtiger Bildungsstandort. Unter der Federführung von Herr Blümcke fand ein intensiver Prozess zur zukünftigen Schulentwicklung statt. Die Fusion der Gemeinschaftsschulen ist ein wichtiger Beschluss zur Stärkung der Gemeinschaftsschulen.

Im neuen Haushalt wurde u.a. der Bildungsbereich detaillierter behandelt. Es wurde z.B. aufgeschlüsselt, wie hoch die Anteile von Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund in den verschiedenen Schularten sind. Sie sind an den Gymnasien deutlich unterrepräsentiert. Schulischer Erfolg ist leider auch bei uns weiter stark vom familiären Bildungshintergrund abhängig. Das können wir uns nicht leisten. Anstrengungen für gerechtere Bildungschancen sind notwendig: beginnend mit Förderangeboten im Kleinkindalter und Ganztagsgrundschulen.

Bezüglich des Standorts für die geplante 3-teilige Sporthalle bedauern wir, dass unser Plädoyer für eine Prüfung des Standortes Kuppelnau keine Mehrheit fand. Der Standort Rechenwiesen ist nicht schülergerecht. Die Variante Kuppelnau wurde im Zusammenhang mit den Überlegungen zum Schulneubau am Standort Kuppelnau nicht ernsthaft diskutiert.

Im Bereich der Kinderbetreuungseinrichtungen wollten wir uns nach Jahren des Ausbaus auf die Sanierungen konzentrieren. Dank der Geburtenzunahme müssen wir nun aber weiter für ein ausreichendes Platzangebot sorgen. Der Ausbau zum Familienzentrum im Lukaskindergarten Oberhofen und Momos Welt in der Weststadt, sowie die Einrichtung einer neuen Kitagruppe im Seniorenzentrum Weststadt sind vorbildlich verlaufen.

Für uns steht gute Qualität der Kitas vor Gebührenfreiheit. Von guter Qualität profitieren vor allem Kinder aus bildungsfernen Familien. Die Grünen auf Landesebene haben sich auf den Weg gemacht, für die soziale Staffelung der Elternbeiträge eine Mustersatzung für die Kommunen zu entwickeln. Wir wünschen uns Offenheit für diese Mustersatzung. Starke Schulkinder können mehr tragen als schwache und Familien mit geringen Einkommen müssen entlastet werden. Eine komplette Gebührenfreiheit gefährdet die Qualitätsentwicklung. In sämtlichen Elternbefragungen in Ravensburg zeigt sich eine hohe Zufriedenheit und Wertschätzung der Qualität der Ravensburger Kinderbetreuungseinrichtungen.

Beim Thema „öffentliche Ordnung und Sicherheit“ hat sich der „Runde Tisch lebenswerter öffentlicher Raum“ als ein gutes Instrument zur Problemanalyse und zur Entwicklung von Lösungsstrategien bewährt. Die Schwerpunktsetzung beim Thema Sicherheit in der Stadt auf Präventionsarbeit ist uns ein Anliegen. Die Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung, Polizei, sozialen Trägern und Jugendarbeit ist wesentlich und funktioniert gut. Die Polizeivollzugsaufgaben sehen wir weiter bei der Polizei.

Was hat uns 2018 gesellschaftspolitisch bewegt? Die Integration geflüchteter Menschen entwickelt sich weiterhin positiv dank dem Engagement vieler Menschen gut gelungen. Der Großteil der Menschen in der Anschlussunterbringung befindet sich mittlerweile in schulischen oder beruflichen

Bezügen. Nach dem Messerattentat am Marienplatz ist es nicht zu rechtsradikalen Vorfällen gekommen. Ihr mutiges Einschreiten Herr Oberbürgermeister und Ihr unmittelbares Plädoyer, diesen Vorfall nicht von Rechtsextremisten instrumentalisieren zu lassen, war vorbildlich. Statt Auftritten wie in Chemnitz oder Kandel erlebten wir eine beeindruckende Kundgebung am Marienplatz für eine offene Gesellschaft, für Vielfalt und Toleranz.

In Ravensburg beeindruckt in ganz besonderem Maß das starke ehrenamtliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger. Sie fördern ein gutes Miteinander in unserer Stadt. Einige Initiativen konnten im vergangenen Jahr Jubiläen feiern, z.B. feierte die Agenda-Gruppe Eine-Welt ihr 20-jähriges Jubiläum.

In allen kommunalpolitischen Bereichen ist es wichtig Ziele zu haben, aber genauso wichtig ist konkretes Handeln zum Erreichen der Ziele. Wir setzen auf eine Politik des Mutes, eine Politik die die Aufgaben der Zeit anpackt und den notwendigen Wandel aktiv mitgestaltet. Unsere Fraktion will konstruktiv, auch leidenschaftlich ihren Beitrag dazu leisten und zum Erhalt eines guten gesellschaftlichen Klimas beitragen.

Wir danken der Verwaltung und allen Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats für die gute Zusammenarbeit.